



IG BAU fordert mehr Klima-Sanierungen an öffentlichen Gebäuden in Duisburg und am Niederrhein



Zum Fenster rausheizen? Gebäude mit einer schlechten Energiebilanz sorgen nicht nur für höhere Heizkosten, sondern schaden auch dem Klima. Der Staat soll mit gutem „Energiespar-Beispiel“ vorgehen und öffentliche Gebäude mit Hochdruck energetisch sanieren, fordert die IG BAU. IG

Foto: BAU | Tobias Seifert

Oft schlechte Energiebilanz bei Ämtern & Co. / Appell an Kommunalpolitik

Klima-Check für Rathaus, Polizei, Schule & Co.: Öffentliche Gebäude in Duisburg und am Niederrhein, die eine schlechte CO₂-Bilanz haben, sollen mit Hochdruck energetisch saniert werden. Dafür spricht sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) aus. „In Zeiten extremer Gaspreise kommt es darauf an, dass auch der Staat die Umweltbilanz seiner eigenen Bauten unter die Lupe nimmt. Wir brauchen eine faire und gründliche Bestandsaufnahme, wie viel Energie die öffentlichen Gebäude in der Stadt verbrauchen. Dort, wo am meisten verschleudert wird, muss die Sanierung Priorität haben“, sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Neue Fenster einzubauen, Fassaden zu dämmen und Dächer neu einzudecken – all das spare langfristig viel Geld. Gleichzeitig seien energieeffiziente Umbauten ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. „Kommunal- und Landespolitik sollten diese Zukunftsinvestitionen vorantreiben. Es geht darum, dass der Staat seine energiepolitischen Hausaufgaben macht – und beim Thema Sanieren mit gutem Beispiel vorangeht“, betont Pfau.

Vom Finanzamt bis zum Feuerwehrhaus: Es sei ein wichtiges Signal, sich darum zu kümmern, dass öffentliche Gebäude in Duisburg und am Niederrhein nicht zu den Schlusslichtern in puncto Energiebilanz zählen. Verwaltungsgebäude oder Sportstätten gehörten oft



Pressespiegel

Ausgabe: 03.09.2022



den schlechtesten Effizienzklassen – G oder H – an. Das bedeutet, dass sie jährlich mehr als 200 Kilowattstunden Energie pro Quadratmeter verbrauchen. Zum Vergleich: In der Effizienzklasse A, wie er beim Neubau üblich ist, liegt der Jahresenergieverbrauch bei 30 bis 50 Kilowattstunden.

Nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur (dena) belaufen sich die Energiekosten öffentlicher Gebäude bundesweit auf sechs Milliarden Euro pro Jahr – davon müssen allein die Kommunen 3,8 Milliarden Euro tragen. Die stark gestiegenen Preise im Zuge des Ukraine-Kriegs sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Die IG BAU verweist auf Pläne der EU-Kommission. Danach sollen öffentliche Gebäude bis zum Jahr 2027 europaweit mindestens auf die Effizienzklasse F gebracht werden, bis 2030 dann mindestens auf die Klasse E. Das Klimaschutzpaket „Fit for 55“ sieht vor, den gesamten Gebäudesektor bis zum 2050 klimaneutral zu machen. In Deutschland verursacht der Betrieb von Gebäuden derzeit 35 Prozent des Endenergieverbrauchs, so das Umweltbundesamt.

Die Klima-Ziele ließen sich aber nur erreichen, wenn neben den privaten Hausbesitzern und Vermietern auch die öffentliche Hand deutlich mehr als bislang investiere, ist sich Pfau sicher. Das Klima-Sofortprogramm von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) sei dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Danach soll noch in der zweiten Jahreshälfte ein Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen starten, um die Sanierungszahlen bei öffentlichen Bauten deutlich zu erhöhen. Dabei müssten zügig konkrete Maßnahmen vereinbart werden, so Pfau. Auch der Plan von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), die „Behörden-Temperatur“ ab dem Herbst nur noch auf höchstens 19 Grad hochzufahren, nutze dem Klimaschutz und dem staatlichen Geldbeutel. „Jetzt ist es wichtig, dass die Politik die nötigen Mittel für die Sanierungen bereitstellt. Viel Zeit bleibt nicht. Dürre, Stürme und Starkregen zeigen schon heute, was passiert, wenn der Klimawandel nicht gestoppt wird.“

Lokalkompass.de 01.09.2022



Keine weitere Ausbeutung der migrantischen Baubeschäftigten



(Foto: Jon Tyson / Unsplash)

IG BAU und gewerkschaftsnahe Beratungsstellen starten bundesweite Aktionswoche auf Baustellen.

Vorenthaltene Sozialversicherungsbeiträge, Betrug und Steuerhinterziehung. Mit fingierten Zahlungen und Rechnungen von mehreren Scheinfirmen wurde Schwarzgeld generiert. So lauteten die Vorwürfe nach einer großangelegten Razzia auf Baustellen Ende Juli im Rhein-Main-Gebiet. Sechs Beschuldigte wurden festgenommen. Der Schaden für Steuerbehörden und Sozialkassen: rund 20 Millionen Euro. Auch für viele Bauarbeiter*innen aus Rumänien, die für das Firmengeflecht tätig waren, hatte die Razzia gravierende Folgen: Von einem auf den anderen Tag hatten sie keinen Arbeitgeber und keine Bleibe mehr. Große Teile ihrer Juni-Löhne, oft vierstellige Beträge, hatten sie noch nicht bekommen. Teilweise schliefen die Betroffenen erst einmal in Autos oder unter Brücken, sie hatten kein Geld für Essen. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) unterstützte rund 100 Beschäftigte in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, indem sie von den verantwortlichen Generalunternehmen die ausstehenden Löhne einforderte.

Dieser Fall war kürzlich in den Zeitungen zu lesen. Und er ist beileibe nicht der einzige. Deshalb unternimmt die IG BAU zusammen mit dem Bildungsträger PECO-Institut und den Beratungsstellen Europäischer Verein für Wanderarbeiter, Faire Mobilität, Faire Integration sowie Arbeit und Leben vom 5. bis 9. September eine bundesweite Aktionswoche. Mehr als 20 Baustellen sollen dabei besucht werden. "Ziel ist es, mit möglichst vielen migrantischen Beschäftigten auf dem Bau in Kontakt zu treten und sie über ihre Arbeitsrechte in Deutschland zu informieren", erklärt IG BAU-Vorstandsmitglied Carsten Burckhardt. Zugleich diene die Aktionswoche dazu, die zunehmende Verbreitung von Niedriglöhnen im Baugewerbe öffentlich zu thematisieren. "Trotz anhaltenden Baubooms und trotz des aktuellen Fachkräftemangels sind sowohl deutsche als auch mobile Beschäftigte aus der EU und Drittstaaten von der Abschaffung des Branchenmindestlohns massiv betroffen. Sie werden nicht nach ihren Qualifikationen bezahlt und Tarifverträge werden nicht eingehalten."



Pressespiegel

Ausgabe: 03.09.2022



Branchenvorstand Carsten Burckhardt appelliert: "Wenn ihr ausgebeutet werdet, wechselt den Betrieb. Sucht euch einen tarifgebundenen Arbeitgeber! Werdet Mitglied der Gewerkschaft." Notwendig ist nach seiner Auffassung auch die Einführung einer "BauCard", um die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden und die Eingruppierung der Arbeitnehmer*innen digital zu erfassen. Zudem müssten die Subunternehmerketten auf zwei Glieder pro Gewerk begrenzt werden, um endlich "die kriminellen Machenschaften mancher Subunternehmer zu beenden", betont der Gewerkschafter.

Interview mit Carsten Burckhardt zur Baustellenaktionswoche

Frage: In den letzten Jahren gab es in der Baubranche einen regelrechten Boom. Trotz der aktuellen Herausforderungen wie hohen Rohstoffpreisen und Fachkräftemangel hält das Wachstum in der Baubranche weiter an. Was kommt davon bei den Beschäftigten an?

Carsten Burckhardt: Dieser Boom ist bisher vor allem auf dem Rücken der Beschäftigten erwirtschaftet worden. Von daher kam für den Großteil unserer Kolleg*innen der Druck an, der durch Arbeitsverdichtung und immer kürzere Erholungsphasen entsteht. Gleichzeitig haben wir in den vergangenen Jahren ordentliche Verbesserungen hinbekommen: Die Einkommen sind gestiegen und wir konnten erstmals eine Wegezeitschädigung vereinbaren. Wer also in einer Firma arbeitet, für die unsere Tarifverträge gelten, konnte durchaus profitieren. Allen anderen rate ich, den Betrieb zu wechseln.



Carsten Burckhardt (© IG BAU, Alexander Paul Englert)

Osteuropäische Beschäftigte spielen im Baugewerbe eine wichtige Rolle. Wie hat sich der Bauboom auf deren Situation ausgewirkt?

Ohne die Kolleg*innen wären die Aufträge nicht zu bewältigen. Gerade erfahrene Kolonnen konnten so ihre Position gegenüber den Firmen verbessern. Einige verdienen inzwischen deutlich mehr als vorher. Doch wir sehen auch, dass viele Beschäftigte unmenschliche Arbeitszeiten haben und noch immer nur den Mindestlohn bekommen. Von daher wurde der Boom auch auf ihren Knochen ausgetragen, ohne dass sie davon wirklich profitiert hätten.



Pressespiegel

Ausgabe: 03.09.2022



Andererseits suchen viele hier ansässige Firmen händeringend Personal und sind auch bereit, unsere Tarifverträge zu bezahlen. Dabei spielt es keine Rolle, wo die Beschäftigten herkommen oder wohnen. Von daher ergibt sich auch für die Kolleg*innen aus Osteuropa die Möglichkeit, den Betrieb zu wechseln. Das kann dann mehr Einkommen und weitere Verbesserungen bedeuten.

In diesem Jahr haben die Arbeitgeberverbände den Branchenmindestlohn im Bauhauptgewerbe abgeschafft. Was ist der Grund dafür?

Ich kann nicht in die Köpfe der Arbeitgeber hineinschauen. Ich habe die Verhandlungen so erlebt, dass es einigen Arbeitgebern vor allem um Ideologie ging. Wiederum andere haben in den Boom-Jahren einfach den Hals nicht voll bekommen und wollten sehen, wie sie ihre Gewinne noch weiter steigern können – auf dem Rücken der Beschäftigten!

Am Ende hatten wir einen Vorschlag des neutralen Schlichters, dem wir zähneknirschend zugestimmt haben. Die Arbeitgeber haben auch diesen Kompromiss mit Füßen getreten – ihre offizielle Begründung verstehe ich bis heute nicht. Aber eines ist deutlich geworden: Einige Akteure verfolgen keine Ziele für die Branche, sondern nur noch für sich selbst. Und das kann auf Dauer nicht gut gehen. Die Branche wird darunter leiden.

Oft ist beim Bau von Schwarzarbeit die Rede. Was genau ist das Problem, und warum ist die Branche so betroffen?

Organisierte Schwarzarbeit setzt all jene unter Druck, die sich an die Regeln halten: Die Firmen, die ihre Arbeiter*innen korrekt und fair behandeln und die Beschäftigten, die zu ordentlichen Löhnen arbeiten.

Die Verbrecher, die die Schwarzarbeit organisieren, nutzen oftmals die Not der Menschen aus. Der Bau ist gerade deshalb so davon betroffen, weil wir teilweise endlos lange Ketten von Subunternehmen haben, sodass kaum noch jemand nachvollziehen kann, wer eigentlich wen beauftragt und zu welchen Konditionen bezahlt hat. Richtig wäre, hier maximal zwei Glieder zuzulassen.

Was raten Sie den Kolleg*innen aus Osteuropa?

Wenn möglich, wechselt zu einer Firma, die in Deutschland ihren Sitz hat, verband-gebunden ist und die sich an unsere Tarifverträge hält. Und werdet in jedem Fall Mitglied unserer Bau-Gewerkschaft IG BAU.

Wie unterstützt IG BAU die Kollegen aus Osteuropa?

Wir unterstützen unsere Mitglieder durch Beratung und rechtliche Unterstützung. Nur wer weiß, was ihm zusteht, kann auch etwas einfordern. Wer nicht regelmäßig hier arbeitet, hat zudem die Möglichkeit, eine Jahresmitgliedschaft abzuschließen.

Wie erleben Sie die Zusammenarbeit von IG BAU und Beratungsorganisationen?

Ich erlebe, dass wir dort, wo wir vertrauensvoll zusammenarbeiten, richtig gute Erfolge erzielen. Für die Beschäftigten und für die Baubranche insgesamt. Ich bin mir sicher, dass wir das in den nächsten Jahren noch weiter ausbauen werden und freue mich darauf.

Was sind Ihre Hauptforderungen an die Politik?

Die Anzahl der Sub-Unternehmer-Ketten muss deutlich begrenzt werden. Gleichzeitig muss die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls personell besser ausgestattet werden. Und wir benötigen ein Verbandsklagerecht, damit wir die Verbrecherfirmen direkt verklagen können – das schützt die betroffenen Kolleg*innen vor Vergeltungsmaßnahmen.